



18. Wahlperiode

Drucksache 18/3974

HESSISCHER LANDTAG

Berichtsantrag

des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion

betreffend Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Gemeinsamen Unterricht

Die Landesregierung wird ersucht, im Kulturpolitischen Ausschuss

über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf (getrennt nach Förderschwerpunkten) wurden zum Schuljahr 2010/2011 eingeschult?
2. Wie viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf wurden im Schuljahr 2010/2011 neu in den Gemeinsamen Unterricht in der Regelschule übernommen und in welche Jahrgangsstufe (bitte aufschlüsseln nach dem jeweiligen Förderschwerpunkt)?
3. Wie viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die bereits in der Grundschule am Gemeinsamen Unterricht teilnahmen, wurden im Schuljahr 2010/2011 in den Gemeinsamen Unterricht in der Sekundarstufe I übernommen (bitte aufschlüsseln nach dem jeweiligen Förderschwerpunkt)?
4. In wie vielen Fällen wurde dem ursprünglichen Wunsch der Eltern, ihr Kind im Gemeinsamen Unterricht in der Grundschule zu beschulen, vom Staatlichen Schulamt widersprochen (bitte aufschlüsseln nach dem jeweiligen Schulamtsbezirk und dem jeweiligen Förderschwerpunkt)?
5. In wie vielen Fällen wurde dem ursprünglichen Wunsch der Eltern, ihr Kind im Gemeinsamen Unterricht in der weiterführenden Schule zu beschulen, vom Staatlichen Schulamt widersprochen (bitte aufschlüsseln nach dem jeweiligen Schulamtsbezirk und dem jeweiligen Förderschwerpunkt)?
6. In wie vielen der unter 4 und 5 genannten Fälle geschah dies
 - a. aus pädagogischen Gründen (§ 54 Abs. 3 Satz 5 HSchG)
 - b. wegen fehlender räumlicher und/oder personeller Voraussetzungen (§ 54 Abs. 3 Satz 4 HSchG)?

7. In wie vielen der unter 4 und 5 genannten Fälle wurde ein Förderausschuss (§ 54 Abs. 5 HSchG) bestellt?
8. In wie vielen Fällen der in Frage 4 und 5 beschriebenen Fälle wurde von Eltern gegen die Zuweisung in eine Förderschule widersprochen?
9. In wie vielen der in Frage 8 genannten Fälle wurde dem Widerspruch der Eltern entsprochen und ist eine Zuweisung in die allgemeine Schule erfolgt?
10. Wie viele Stunden sonderpädagogische Förderung wurden im Durchschnitt pro Kind im Gemeinsamen Unterricht gewährt?
11. Bei wie vielen Kindern wurde die Einleitung eines sonderpädagogischen Überprüfungsverfahrens vom staatlichen Schulamt verwehrt, auf Grund nicht stattgefunder, ausgeschöpfter präventiver Maßnahmen?
12. Wie viele Kinder im Förderspektrum Erziehungshilfe werden über dezentrale, präventive Maßnahmen in der allgemeinen Schule unterstützt?
13. Bei wie vielen Kindern dieser Zielgruppe wurde, da diese Mittel nicht zu einer ausreichenden Förderung ausgereicht haben, anschließend ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt?

Wiesbaden, den 15. April 2011

Der Fraktionsvorsitzende:

Tarek Al-Wazir

Mathias Wagner

Eingegangen am

Ausgegeben am